

Berlin, den 16. Dezember 2008

Liebe Freundinnen und Freunde der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung,

die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung blickt auf ein interessantes und vielseitiges Jahr 2008 zurück und ich freue mich, Ihnen von unserem Engagement berichten zu dürfen.

Im Jahr 2008 wäre die Gründerin der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung, Pauline Schwarzkopf, 100 Jahre alt geworden. Wir haben unserer Gründerin am 23. April bei einer Festveranstaltung gedacht, in deren Rahmen Bischof Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, einen Vortrag zur Verantwortung der Religionen für den Frieden in Europa hielt. In diesem Jahr ist es uns zudem wieder gelungen, ein breites Spektrum an Themen zu behandeln und es vielen jungen Menschen zu ermöglichen, in mehr als 40 Veranstaltungen mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft in einen Dialog zu treten.

Dabei hatten wir drei Schwerpunkte:

Zum einen diskutierten wir Europas Rolle in der Welt. Wir haben uns mit den Präsidentschaftswahlen in den USA und deren Auswirkungen auf Europa, der Lage in Russland und das zukünftige Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union, den Wünschen Marokkos für eine enge Partnerschaft mit der EU, den Beziehungen zwischen Aserbaidschan und der EU, den Perspektiven der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie dem Beitrag der EU für einen Frieden im Nahen Osten beschäftigt.

Zum anderen haben wir innereuropäische Themen diskutiert, insbesondere den Schutz der Grundrechte in der EU, die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Herausforderungen und Chancen der Integration, die kulturellen Werte Europas sowie die Entwicklungen des Rechtsextremismus in Deutschland und Europa.

Schließlich haben Jugendliche mit den Außenministern von Ungarn und Luxemburg sowie mit den Botschaftern von Frankreich, Italien, Schweden und den Niederlanden Visionen für die Zukunft Europas debattiert.

Wir haben in diesem Rahmen die Ehre gehabt, Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Jutta Limbach, Daniel Barenboim, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Franz Josef Jung, S. E. Avi Primor, Olaf Scholz sowie Professor Michael Blumenthal als Referenten begrüßen zu dürfen. Wir haben uns entschieden, den Vortrag von Frau Prof. Limbach zu „Kulturellen Werten in Europa“ sowie den bereits erwähnten Beitrag von Bischof Dr. Huber diesem Brief beizufügen und möchten Ihnen die Lektüre dieser ausgewählten Beiträge sehr ans Herz legen.

Wir haben auch in diesem Jahr Reisestipendien zum Entdecken Europas vergeben, jungen Studierenden aus Estland Beihilfen für Ihren Studienaufenthalt in Deutschland geben können, mit Tamuna Kekenadze aus Georgien die „Junge Europäerin des Jahres 2008“ ausgezeichnet und den finnischen Außenminister, Alexander Stubb, zum Schwarzkopf-Europa-Preisträger 2008 gekürt.

Im Rahmen des European Youth Parliament (EYP), das seit 2004 ein Programm der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung ist, fanden in diesem Jahr in Prag, Liverpool und Rennes jeweils zehntägige Internationale Sitzungen mit über 200 Jugendlichen aus 32 europäischen Ländern pro Sitzung statt. Die 32 nationalen Vereine des EYP organisierten über 60 weitere Veranstaltungen und erreichten so mehr als 20.000 Jugendliche europaweit. Im Dezember arbeitete zudem eine Gruppe von 25 Ehemaligen des EYP in einem Think Tank direkt für die Europäische Kommissarin Ashton und machte Vorschläge für die Gestaltung der Handelspolitik zwischen der EU und Entwicklungsländern.

Die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung hat im Jahr 2008 jungen Menschen Informationen über Abläufe und Entscheidungen in Europa geliefert und diese erfahrbar gemacht. Wir haben Themen diskutiert, die europapolitisch relevant und wichtig für junge Menschen sind. Wir haben einen besonderen Raum für den Dialog von Jugendlichen mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Persönlichkeiten geschaffen.

Diese Arbeit der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Partner nicht möglich gewesen. Ich möchte daher allen Unterstützern, Spendern und Förderern unserer Arbeit ganz ausdrücklich danken. Sie haben uns geholfen, einer Vielzahl junger Menschen den europäischen Einigungs- und Friedensprozess näherzubringen.

Wie immer gilt am Ende des Jahres mein außerordentlicher Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung, ohne deren großen Einsatz dieses anspruchsvolle Programm unserer Stiftung nicht hätte umgesetzt werden können. Ebenso danke ich unseren vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus dem jugendlichen Freundeskreis der Schwarzkopf-Stiftung und dem Europäischen Jugendparlament, die sich so engagiert für unsere gemeinsamen Ziele eingesetzt haben.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen am europäischen Haus auch im kommenden Jahr weiterbauen zu dürfen.

Die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung wünscht Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr.

André Schmitz-Schwarzkopf
Vorstandsvorsitzender

Auf den folgenden Seiten finden Sie die ausgesuchten Reden zweier Veranstaltungen im Jahr 2008:

1. **Bischof Dr. Wolfgang Huber:**
„Die Verantwortung der Religionen für Frieden in Europa“

Seite 1 bis 8

2. **Prof. Dr. Jutta Limbach:**
„Die kulturellen Werte Europas“

Seite 9 bis 13

Die Verantwortung der Religionen für Frieden in Europa

Vortrag bei der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung in Berlin am 23. April 2008

I.

„Ist auch kärglich des Krieges Brot, / Schaff uns täglich den Feinden Tod / Und zehnfältiges Wehe! / In barmherziger Langmut vergib / jede Kugel und jeden Hieb, / Die wir vorbeigesendet! / In die Versuchung führe uns nicht, / Dass unser Zorn dein Gottesgericht / Allzu milde vollendet! / Uns und unseren Bundesfreund / Gib Erlösung vom höllischen Feind / Und seinen Dienern auf Erden! / Dein ist das Reich, das deutsche Land, / Uns muss durch deine gepanzerte Hand / Kraft und Herrlichkeit werden.“

So heißt ein Gedicht, das ein deutscher evangelischer Pfarrer im Jahr 1914 unter dem Titel „Hurra und Halleluja“ veröffentlichte. Teilweise sind diese Zeilen dem Vaterunser, dem grundlegenden Gebet der Christenheit, nachgebildet; ein Kernstück der christlichen Tradition wird hier zur Kriegsverherrlichung und damit auch zur Abwertung der Kriegsgegner missbraucht. „Gott mit uns“ war zu jener Zeit auf deutschen Koppelschlössern zu lesen; und in anderen europäischen Nationen gab es vergleichbare Gebräuche. Als einen „Bankrott der Christenheit“ bezeichnete ein kritischer Beobachter den Missbrauch der Religion zur Verherrlichung von Krieg und Nation.

Als der Pfarrer Dietrich Vorwerk das Gedicht „Hurra und Halleluja“ zu Papier brachte, lernte Pauline Schwarzkopf gerade lesen. Die einhundertste Wiederkehr ihres Geburtstags führt uns heute zusammen. Sie war eine Zeugin des Jahrhunderts. Nahezu das ganze zwanzigste Jahrhundert umspannte ihr Leben. Geprägt war es in seiner ersten Hälfte durch einen europäischen Bürgerkrieg, der sich zum doppelten Weltkrieg weitete. Geprägt war dieses Jahrhundert durch den Zusammenbruch der europäischen Rechtsordnung, die nach den konfessionellen Bürgerkriegen des 17. Jahrhunderts entstanden waren, und durch den Übergang zum Entwurf eines globalen Völkerrechts, um dessen Verwirklichung sich die Völkergemeinschaft immer noch bemüht. Dem trat ein neuer Entwurf eines versöhnten Europa zur Seite; dessen Gründungsereignis, die Unterzeichnung der römischen Verträge, haben wir gerade vor einem Jahr hier in Berlin feierlich begangen; der Verwirklichung dieser europäischen Vision sind wir durch das Ende der europäischen Spaltung in den Jahren 1989/90 einen großen Schritt näher gekommen. Aber auch in diesem Fall gilt, dass das europäische Projekt noch bei weitem nicht verwirklicht es. Seiner Verwirklichung kommen wir nur näher, wenn das „junge Europa“ dieses europäische Projekt zu seiner eigenen Sache macht.

Ich empfinde es deshalb als eine großartige Fügung, dass das Vermächtnis einer Persönlichkeit wie Pauline Schwarzkopf, die in dem beschriebenen Sinn eine Zeugin des Jahrhunderts war, in einer Stiftungstätigkeit zum Ausdruck kommt, die dem „jungen Europa“ gewidmet ist und deshalb die Zukunft des europäischen Projekts zum Thema hat. Aber was ist das europäische Projekt? Und wie können die Religionen in ihm eine andere, eine bessere Rolle spielen, als ich sie eingangs mit Dietrich Vorwerks Gedicht charakterisiert habe? Diese Doppelfrage soll uns heute Abend beschäftigen – in dankbarer Erinnerung an Pauline Schwarzkopf.

II.

Wenn gefragt wird, was Europa sei, was diesen Kontinent in seinem Wesen ausmache, so können die Antworten sehr unterschiedlich ausfallen. Denn das Eine ist klar: Eine rein geographische Auskunft hilft nicht sehr viel weiter. Von seiner geographischen Gestalt und Ausdehnung her würde man Europa kaum als Kontinent bezeichnen können. Europa ist also nicht einfach eine geographische, sondern eine kulturelle Größe. Doch worin besteht diese kulturelle Identität? Es ist üblich geworden, eine Annäherung an diese Frage über die Nennung von drei Ortsnamen zu versuchen: Athen, Rom und Jerusalem werden als die drei Orte genannt, deren kulturelle und religiöse Impulse in die Identität Europas eingeflossen sind. Athen steht dabei für die

Orientierung an Wissenschaft und Kunst, Rom für die Gestaltung von Recht und Macht, Jerusalem für die religiösen Anstöße von Judentum und Christentum.

Aber wenn mit den Hinweisen auf Athen, Rom und Jerusalem mehr gemeint sein soll als eine Addition von griechischem, römischem und jüdisch-christlichem Erbe, bleibt die Frage ja immer noch bestehen, worin denn die europäische Identität besteht. Der vielleicht renommierteste lebende Philosoph Europas, Jürgen Habermas, verweist in seinem Aufsatz „Der gespaltene Westen“ auf sieben Merkmale Europas, die seiner Auffassung nach dessen Identität begründen und prägen. Er nennt dabei ausdrücklich: „Säkularisierung, Staat vor Markt, Solidarität vor Leistung, Technikskepsis, Bewusstsein für die Paradoxien des Fortschritts, Abkehr vom Recht des Stärkeren, Friedensorientierung aufgrund geschichtlicher Verlusterfahrung“. Diese sieben Punkte will ich jetzt nicht im Einzelnen diskutieren, obwohl jeder für sich zweifellos der Debatte wert wäre, sondern mich auf den zuletzt genannten konzentrieren. Mit ihm stellt Jürgen Habermas die These auf, dass die „Friedensorientierung aufgrund geschichtlicher Verlusterfahrung“ einen gemeinsamen Nenner für die Identität Europas bildet. Wenn das europäische Allgemeingut wäre, dann wäre für die Zukunft dieses Kontinents viel gewonnen. Europas Identität müsste dann jedoch weder geographisch noch ethnisch noch kulturell, sondern irenisch, also von der Beziehung zum Frieden her, begründet werden. Europa wäre als ein „Friedensprojekt“ (Dieter Senghaas) etabliert und gerade so auch historisch und kulturell wirksam und prägekräftig. Ich gestehe, dass diese Vorstellung mir persönlich sehr nahe liegt.

Allerdings: Die von Habermas gebrauchte Formel macht deutlich, dass die Friedensorientierung Europas nicht schon immer und gleichsam von selbst da gewesen ist. Die irenische Identität Europas ergibt sich nicht von selbst, sondern entspringt einer geschichtlichen Verlusterfahrung. Sie beruht somit auf einschneidenden Ereignissen, die die Geschichte dieses Kontinents geprägt haben. Es geht um traurige und tragische Ereignisse, um Friedlosigkeit und Gewalt.

III.

Um dies zu verdeutlichen, will ich einen dreifachen Rückblick vornehmen; ich will den Lichtkegel unserer gemeinsamen Aufmerksamkeit auf drei Stationen der Geschichte Europas lenken.

Der erste Rückblick: Karl der Große - Tod oder Taufe

Als der Frankenkönig Karl der Große zu Beginn der 790er Jahre mit der Vernichtung des Awarenreiches beschäftigt war, erhoben sich die längst „befriedet“ geglaubten Sachsen erneut, um die verhasste Fremdherrschaft der Franken abzuschütteln. Der König überließ den Awarenfeldzug seinem Sohn Pippin und zog selbst wieder gegen die Sachsen zu Felde. Jahrelang wurde sein Heer damit in Atem gehalten, die Aufstände der Sachsen zu bekämpfen. Bis zum Jahr 804 dauerte es, bis der dann bereits zum römischen Kaiser gekrönte Karl endgültig die Oberhand über das standhafte Volk der Sachsen gewann. Der letzte Schlag, den er führte, war der grausamste. Er ließ zehntausende Sachsen mit Weib und Kind deportieren und in andere Gebiete des Reiches umsiedeln. Die besonders unruhigen Gauen trat er sogar an den slawischen Abodritenfürsten Thrasko ab, der mit den Franken verbündet, mit den Sachsen aber seit ewigen Zeiten verfeindet war. Hinrichtungen, Deportationen, Verwüstungen und Zerstörungen im Lande und sogar das Abtreten sächsischen Bodens an uralte Feinde – das waren die brutalen Maßnahmen, mit denen dieses Volk schließlich in die Knie und zur Annahme des Christentums gezwungen wurde. „Tod oder Taufe“ hieß die Losung in Sachsen über Jahrzehnte. Im Jahre 804 war der Widerstand endlich gebrochen. Die Sachsen waren endgültig in die fränkische Reichskultur gezwungen.

Der zweite Rückblick: Die Kreuzritter – Blut und Freudentränen

Im Jahr 1099 eroberten die christlichen Kreuzritter Jerusalem. Flüchtlinge, die nach Bagdad entkommen konnten, berichteten, dass die Kreuzritter auf dem Weg zur Heiligen Stadt eine Spur der Verwüstung hinterlassen hatten: viele zerstörte und geplünderte Dörfer und Städte, zahlreiche ermordete Land- und Stadtbewohner. Nach der Einnahme der Stadt Jerusalem begann ein Massaker ungeheuren Ausmaßes, das viele Tage lang andauerte. Die Sieger töteten

wahllos Männer, Frauen und Kinder, plünderten Häuser und Moscheen und ließen innerhalb der Stadtmauern keinen Moslem am Leben. Das gleiche Schicksal traf die jüdische Gemeinde. Als sie sich in die Hauptsynagoge zurückzog, wurde diese von den Kreuzrittern niedergebrannt. Wer zu fliehen versuchte, wurde mit dem Schwert erschlagen. Als alles vorbei war, zogen die Ritter, „Freudentränen weinend“, zum Heiligen Grab, wo sie ihre blutbefleckten Hände zum Gebet falteten.

Der dritte Rückblick: Gustav Adolf gegen Wallenstein - Krieg der Konfessionen

Der niederländische Maler Anton van Dyck erhielt im Dreißigjährigen Krieg den Auftrag, Porträts des protestantischen Königs Gustav Adolf von Schweden und des kaiserlich-katholischen Feldherrn Albrecht von Wallenstein zu malen. In seinen noch heute weithin bekannten Porträts stellte er die beiden Gegenspieler so frappierend ähnlich dar, als ob sie verwandt, ja, als ob sie Brüder wären. In den Bildern der Kontrahenten spiegelt sich so der ganze Widersinn des durch konfessionelle Streitigkeiten mitverursachten verheerenden Krieges, der das Geschick Deutschlands über Jahrhunderte prägen sollte. Der als „Löwe von Mitternacht“ verklärte schwedische König war wohl ebenso wenig ein selbstloser Retter des Protestantismus, wie der böhmische Condottiere ein uneigennütziger kaisertreuer Katholik war. Mochten religiöse Motive mitspielen, vor allem waren die beiden eigensüchtige Machtpolitiker glänzende Feldherren und Organisatoren. Sie bestimmten die Geschehnisse des großen „teutschen Krieges“ und lebten beide nicht lange genug, um zu seiner Beendigung beitragen zu können. In einem vor wenigen Jahren (2003) erschienenen Buch von Hans-Werner Huf wird die Zeit des Dreißigjährigen Krieges mit ihren Höhen und Tiefen, vor allem aber mit ihrer Angst und ihren Schrecken, noch einmal lebendig. Der Titel des Buches spricht für sich: „Mit Gottes Segen in die Hölle“.

Etwa dreißig bis vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung jener Zeit starb infolge des Krieges, und die meisten der im Jahr 1648 noch Lebenden waren durch den Krieg gezeichnet. Im Herzen Europas waren Tod und Schrecken so übermächtig aufgetaucht, dass nicht nur die Deutschen, sondern alle Europäer froh waren, mit dem Vertragswerk von Münster und Osnabrück Frieden und Sicherheit mit juristischen Mitteln und politisch durchaus nachhaltig besiegelt zu wissen. Auch außerhalb Deutschlands galten die 1648 geschlossenen Verträge lange Zeit als Meisterwerke internationaler Konfliktregulierung und als tragfähige Grundlagen des europäischen Staatensystems. Friedensorientierung aufgrund geschichtlicher Verlusterfahrungen – die Friedensverträge von Münster und Osnabrück sind exemplarische Illustrationen solcher prägender gesamteuropäischer Erfahrungsmuster.

Wenn die heutige christliche Friedensethik die multilaterale Dimension internationaler Friedenspolitik und die Notwendigkeit einer rechtlichen Codierung (und Kodifizierung) von Friedensprozessen betont, dann hat dies seinen geschichtlichen Ursprung unter anderem in solchen, vor vielen Jahrhunderten gemachten europäischen Erfahrungen. Bedrückend bleibt, dass unsere historischen Rückblicke das Christentum als eine religiöse Bewegung zeigen, die in den herangezogenen Beispielen keineswegs für Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit stand.

IV.

In einem kürzlich veröffentlichten Beitrag kommt der Politikwissenschaftler Mathias Hildebrandt zu der nicht unbegründeten Feststellung: „Ganz zweifelsohne wohnt den Religionen ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial inne, das ganz erhebliche destruktive Kräfte freisetzen kann. Dabei scheint keine der Weltreligionen von diesem Verdacht ausgenommen werden zu können: weder das Christentum noch der Islam, aber auch nicht das Judentum und auch nicht der Hinduismus. [...] Selbst der insbesondere durch den Dalai Lama im Ruf besonderer Friedfertigkeit stehende Buddhismus kann nicht für sich reklamieren, keine Gewalt freizusetzen.“

Hildebrandt bezieht sich dabei nicht nur auf die europäische Situation. Seine These über die Rolle der Weltreligionen entwickelt er vielmehr in einem globalen Horizont. Was im Blick auf die ganze Welt gilt, kann für Europa kaum unrichtig sein. Es ist wahr, den Religionen eignet ein Gewaltpotenzial. Unsere drei Rückblicke auf Stationen der europäischen Geschichte konnten dies illustrieren. Aber ebenso zutreffend ist auch die andere und nicht minder wichtige Aussage, dass

allen großen Religionen ein beachtliches Friedenspotenzial innewohnt. In ihnen ist eine große Sehnsucht nach dem Frieden aufbewahrt; sie verfügen über die Möglichkeit und die Fähigkeit dazu, Gewalt einzudämmen und Frieden zu stiften.

Auch dafür ließen sich historische Rückblenden durchführen. Zu denken wäre beispielsweise an das klare Friedenszeugnis der frühen Christen, die sich dem Wehrdienst des Römischen Reichs schon deshalb entzogen, weil er mit der Verehrung der römischen Kaiser verbunden war. Die Affinität von Kriegsdienst und Götzendienst wurde so in einer exemplarischen Weise aufgedeckt – eine Affinität, die beispielsweise im Ersten Weltkrieg wieder offenkundig wurde, als die kriegführenden Parteien sich jeweils auf „ihren“ Gott beriefen, obwohl sie doch, theoretisch zumindest, ein und denselben Gott bekannten.

Oder es wäre daran zu denken, dass auf europäischem Boden für mehrere Jahrhunderte eine friedliche Koexistenz zwischen arabischen Muslimen, Juden und Christen gelang. Seit der Mitte des 8. Jahrhunderts erreichten im Emirats Cordoba auf diese Weise Landwirtschaft, Handwerk und geistiges Leben eine hohe Blüte. Die arabische Kultur jener Zeit brachte bedeutende Gelehrte hervor; Avicenna und Averroes sind vor allem zu nennen. Die Überlieferung großer Teile der griechischen Philosophie ist diesen Gelehrten zu danken. So wirkte sich diese friedliche Koexistenz nachhaltig auf die mittelalterliche Entwicklung Europas aus.

Zwar war noch keineswegs programmatische Toleranz das Erbe des Mittelalters, wohl aber eine faktisch akzeptierte Vielfalt. Inmitten einer gewaltsamen politischen Umwelt suchten die Kirchen zumindest Inseln des Friedens zu schaffen. Die *treuga Dei* war eine solche Zone: Bestimmte Tage in der Woche und bestimmte Bereiche wurden zu Zonen und Zeiträumen eines Waffenstillstands erklärt. Unterlegene Konfliktparteien erhielten zumindest einen Rückzugsraum. Die theologische Einsicht in den Gottesfrieden setzte sich in ein Rechtsinstrument zur Begrenzung der Gewalttätigkeit um.

Ferner ist daran zu erinnern, dass aus den konfessionellen Auseinandersetzungen der Reformationszeit das erste große europäische Friedensprojekt hervorging. Mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 wurde der erste Schritt zu einer Friedensordnung getan, die auf dem Respekt vor der gewissenhaft bestimmten Glaubensüberzeugung der einzelnen beruht. Mit den gewiss noch unzureichenden Instrumenten des dem Landesherrn übertragenen Rechts zur Entscheidung über die Wahl der Konfession – dem sogenannten *ius reformatandi* – und der für die Angehörigen anderer Konfessionen eröffneten Möglichkeit, unter Mitnahme ihres Eigentums das Land zu wechseln – dem sogenannten *ius emigrandi* –, wurden erste Schritte zu einer friedlichen Koexistenz unternommen, die in der Folgezeit weiter ausgebaut wurden.

Schließlich ist auch zu erwähnen, dass Europa es war, in dem die großen Friedensrufe und Friedensentwürfe entstanden, die von Erasmus über Immanuel Kant bis zu Bertha von Suttner reichten; die neuzeitliche Friedensbewegung legte sich einen Titel zu, den sie direkt der Bergpredigt Jesu entnahm; geht doch der Name „Pazifismus“ unmittelbar auf die Seligpreisung der Friedensstifter durch Jesus zurück. In den Erschütterungen des Jahrhunderts der Weltkriege kam wieder zum Bewusstsein, was dem Christentum von seinen Ursprüngen her eingestiftet war: die Berufung dazu, Frieden zu stiften. Doch nicht nur für den christlichen Glauben, sondern für alle Religionen stellt die Verantwortung für den Frieden eine unausweichliche Verpflichtung dar.

Ein weiteres Beispiel habe ich schon erwähnt: Im Jahr 1957 besiegelten die Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der Benelux-Staaten in Rom mit ihrer Unterschrift die Vision von einem friedlichen Europa. Seitdem ist die Idee der europäischen Integration unumkehrbar. Am Anfang stand eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Daraus wurde eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft; jetzt haben wir eine Europäische Union. Aus den anfänglich sechs Mitgliedsstaaten wurden 27.

„Vergebung, nicht Vergeltung!“ lautete das Credo des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman, eines engagierten Katholiken. Die Kraft, auf die Versöhnung verfeindeter Nationen zu vertrauen, verdankten viele der damaligen Akteure ihrem Glauben. „Der Beitrag,

den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen“ heißt es schon im Jahr 1950 in dem sogenannten „Schuman-Plan“. Mit diesem weitsichtigen politischen Entwurf bot Frankreich dem „Erzfeind“ Deutschland, der 1945 bedingungslos kapitulieren musste, eine gleichberechtigte Partnerschaft ohne Diskriminierung oder Beschränkung an. Dieses Vorgehen durchbrach die Tradition europäischer Friedensverträge, die oft Diktate der Sieger über die Besiegten waren. Die Römischen Verträge sind eine Wende in der europäischen Geschichte.

Man hatte hohe Ziele; aber man machte sich pragmatisch an deren Verwirklichung. „Friedenssicherung durch wirtschaftliche Kooperation“ hieß das Konzept, das ein anderer großer Europäer entwickelte – nämlich Jean Monnet, der damalige Leiter des französischen Planungsamtes. Mit den Rohstoffen Kohle und Stahl fing man an; dass eines Tages Stahl und Kohle aus anderen Kontinenten nach Europa importiert würden, konnte man sich damals noch nicht vorstellen. Man wollte jedoch sicherstellen, dass diese wichtigen Rohstoffe – wie auch die noch jungen Möglichkeiten der Atomenergie – nicht in den Dienst einer unkontrollierten Rüstung gestellt würden. Bald darauf machte man sich daran, die Hindernisse für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zu beseitigen. So erfolgreich war man mit diesem Vorgehen, dass die Mitgliedsstaaten sogar bereit waren, erhebliche Teile ihrer Souveränität auf die Gemeinschaft zu übertragen; damit bahnten sie den Weg zu einer politischen Union. Als die jahrzehntelange Spaltung Europas durch den eisernen Vorhang überwunden war, konnten sich auch osteuropäische Staaten auf die Mitgliedschaft vorbereiten und sie auch erlangen.

Im europäischen Regelungsdrickicht von heute gerät die ursprüngliche Idee manchmal in Vergessenheit. Den Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zu sichern, ist ein treffliches Konzept. Aber Vergebung an die Stelle der Vergeltung treten zu lassen, ist ein revolutionärer Gedanke. Seinen Ursprung hat er in der Bergpredigt Jesu. Mich wundert, warum man so selten an die Geschichte der Europäischen Union denkt, wenn gefragt wird, ob man mit der Bergpredigt Politik machen könne. Man kann. Für mich ist das der Ausgangspunkt für das Nachdenken über die Verantwortung der Religionen für den Frieden in Europa.

V.

Meine These heißt: Für den Frieden in Europa sind alle großen Weltreligionen verantwortlich, sofern sie auf diesem Kontinent präsent sind. Ob es sich um Christen handelt oder um Muslime, Juden, Hindus oder Buddhisten: Sie alle, und nicht nur sie, sondern auch diejenigen, die sich zu keiner dieser Religionen zählen, sind dem Frieden verpflichtet. Eine besondere Verantwortung der Christen für den Frieden in Europa besteht allerdings auf Grund der besonderen christlichen Prägung, die der Kontinent durch das Christentum erfahren hat. Unbeschadet der religiösen Pluralität, die Europa heute prägt (die Haltung von Menschen ohne religiöse Bindung eingeschlossen), ergibt sich eine besondere Verantwortung der Christen auch daraus, dass von den 720 Millionen Bürgerinnen und Bürgern Europas mehr als 500 Millionen Christen sind. Anders gewendet: Mehr als zwei Drittel aller Europäer gehören einer christlichen Kirche an.

Für sie alle gilt: Christen sind von ihrem Glauben her verpflichtet, für den Frieden einzutreten. Denn Jesus Christus war weder ein Feldherr noch ein Gotteskrieger, sondern ein jüdischer Rabbi, der in seiner Predigt die Sanftmütigen pries und die Friedensstifter „Gottes Kinder“ nannte (Matthäus 5, 5 und 9). Ziel christlichen Handelns ist schon deshalb immer der Friede, niemals der Krieg. Dies ist die Perspektive aller Konfessionen in Europa: neben der römisch-katholischen Kirche die orthodoxe Christenheit, die Anglikaner, die kontinentaleuropäisch geprägten Protestanten sowie verschiedene, zumeist evangelische Freikirchen. Der Friede ist der große Auftrag der Christenheit. Dabei gilt: Auch wenn dieser Auftrag seit Jahrtausenden fest steht - die Christenheit hat, ebenso wie Europa, den Frieden noch vor sich.

Es stimmt mich in diesem Zusammenhang froh, dass das Eintreten für den Frieden in Europa auf der Agenda der christlichen Kirchen ganz oben steht. Das hat die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Hermannstadt (Sibiu) im September 2007 deutlich gemacht. Nicht mehr wie einst die Legitimation von Kriegen oder die Segnung von Waffen, sondern die Gewaltüberwindung ist das große Ziel der Christenheit. Das ist verheißungsvoll. Es lässt für Europas Zukunft hoffen.

Die großen Religionen – einschließlich des Christentums – haben jedoch eine durchaus ambivalente Geschichte im Blick auf ihr Friedenspotenzial. Sie tragen die Möglichkeit in sich, Gewalt und Unfrieden zu schaffen und zu rechtfertigen. Aber ebenso tragen sie eine Sehnsucht nach Frieden in sich; sie sind von dem Auftrag bestimmt, Frieden zu stiften und Gewalt zu überwinden. Die europäische Geschichte mit ihren Erfahrungen von Schuld, Leid und Vernichtung, mit ihren Abgründen und eigentümlichen Verlusterfahrungen hat in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts mit dazu beigetragen, das große und reiche Friedenspotenzial der in Europa ansässigen Religionen, auch und insbesondere der Christenheit, zur Entfaltung zu bringen. Wenn Christen sich von Gott zu Werkzeugen seines Friedens machen lassen, dann können sie zusammen mit den Vertretern anderer Religionen zu Friedensstiftern für den Kontinent Europa werden.

Was aber können und müssen die Religionen tun, wenn sie in der Rolle von Friedensstiftern tätig werden wollen? Die Antwort lässt sich kurz und bündig fassen: Sie sollen für den Frieden beten und arbeiten („orare et laborare“). Zu den grundlegenden Friedensaufgaben der christlichen Kirchen gehören:

- das Gebet für den Frieden und die Verkündigung des Evangeliums;
- die Vermittlung von Bildung im Sinn grundlegender Orientierungen und die erzieherische Vermittlung von Werten und Normen;
- die ethische Reflexion der Sicherung und Förderung des Friedens in der öffentlichen Diskussion, beispielsweise durch Denkschriften (im katholischen Bereich ist meist von „Hirtenworten“ die Rede);
- die Aufgabe, die politisch Verantwortlichen wirksam daran zu erinnern, dass sie auf Recht und Gerechtigkeit verpflichtet sind und das ihnen Mögliche zur Wahrung und Förderung des Friedens zu tun haben;
- die Wahrnehmung seelsorgerlicher Verantwortung für die in Politik und Gesellschaft Handelnden. Diese seelsorgerliche Zuwendung gilt den politisch Verantwortlichen ebenso wie den Soldatinnen und Soldaten sowie den Zivildienstleistenden;
- der Aufbau und Ausbau von zivilen (christlichen) Friedens- und Freiwilligendiensten;
- die Pflege von Kontakten zu anderen Völkern und Nationen durch das weltweite Netz ökumenischer Verbundenheit;
- der Dialog mit anderen Religionen und die Achtung der bestehenden religiösen und kulturellen Differenzen.

Das sind umfangreiche, komplexe und anspruchsvolle Aufgaben, die sich in allererster Linie für die Christenheit stellen. Inwieweit die anderen in Europa tätigen Religionen Beiträge für den Frieden leisten können und dies tatsächlich tun, wird man – je nach der eigenen Perspektive – unterschiedlich wahrnehmen und beurteilen. Gebet, Bildung, ethische und politische Orientierung, seelsorgerliche Begleitung, Aufbau von zivilen Friedensdiensten und die Stärkung von weltweiter, auch interreligiöser Verbundenheit – dies alles können jedoch grundsätzlich auch Überschriften für die Ziele anderer Religionen sein. Und sie sind dies ja auch – mindestens in Teilen, mindestens annäherungsweise.

Was das Gebet für den Frieden angeht, so denke ich an viele weltweite Solidaritätsaktionen in Moscheen und Synagogen nach dem 11. September 2001. In den USA und in Europa gab es viel Anteilnahme an dem Leid der Opfer und ihrer Familien, und über die Grenzen der Religionen hinweg wurde die Notwendigkeit gesehen und empfunden, miteinander solidarisch zu sein und im Dienste des Friedens in der Welt den Sumpf des internationalen Terrorismus auszutrocknen.

Ich erinnere ferner an das Friedensgebet verschiedener Religionen und Konfessionen von Assisi im Jahr 1986, das auf Initiative Papst Johannes Pauls II. zustande kam. An ihm waren Vertreter aller fünf großen Weltreligionen beteiligt, ebenso Repräsentanten kleinerer Religionen. Solche gemeinsamen Gebete für den Frieden sind danach auf Grund einer Initiative der Kommunität Sant' Egidio Jahr für Jahr an unterschiedlichen Orten wiederholt worden. Sie haben ihren guten Sinn und ihr Recht - jedenfalls solange deutlich ist, dass es sich dabei um multireligiöse, nicht um interreligiöse Veranstaltungen handelt. Denn klar ist, dass nicht alle Religionen aus demselben

Gottesverständnis heraus beten; somit können sie auch nicht einfach miteinander beten. Gerade der wechselseitige Respekt gebietet es, die wesentlichen Unterschiede zwischen den religiösen Lebensformen ernst zu nehmen und weder zu verwischen noch zu verschweigen.

Das wird derzeit vor allem im Blick auf das Verhältnis zwischen Christentum und Islam diskutiert. Das Bekenntnis zu dem einen Gott, das Juden, Christen und Muslime verbindet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle drei mit diesem Bekenntnis unterschiedliche Gottesvorstellungen verbinden. In einer theologisch wenig genauen Weise wird dieses Thema häufig in die Frage gefasst, ob Christen und Muslime an denselben Gott glaubten. Die Frage klingt so, als ob es mehrere Götter gäbe – was Christen wie Muslime mit Nachdruck bestreiten. Ihr Bekenntnis stimmt vielmehr darin überein, dass es nur einen Gott gibt. Aber das schließt nicht aus, dass das Bekenntnis zu dem einen Gott sich in beiden Religionen mit sehr unterschiedlichen Gottesvorstellungen verbindet. Konkret wird der Unterschied im Blick auf die Person des Jesus von Nazareth, zu dem Christen sich als dem Sohn Gottes bekennen, in dem Gott sich in seiner vergebenden Liebe und Barmherzigkeit offenbart. Der Islam dagegen sieht in Jesus von Nazareth einen Propheten, der in der inneren Logik des Islam dem Propheten Mohammed untergeordnet ist. Zur Aufrichtigkeit im Umgang miteinander gehört es, das festzustellen und von daher auch einzuräumen, dass auch im Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander das eigene Bekenntnis nicht verleugnet werden kann.

Die Klarheit, die in dieser wie in anderen Fragen vonnöten ist, schließt nach unserer Überzeugung gute Nachbarschaft nicht aus; vielmehr ist eine solche gute Nachbarschaft ohne solche Klarheit gar nicht zu haben; sie steht dann nämlich auf tönernen Füßen. Klarheit ohne gute Nachbarschaft wäre lieblose Schroffheit und würde Mauern errichten. Und gute Nachbarschaft ohne Klarheit würde wichtigen Fragen ausweichen, Profile verwischen, Identitäten aufgeben. Ohne ihre Identität aber können Religionen so wenig existieren wie Individuen.

Miteinander können die Religionen etwas für den Frieden tun, was jede einzelne von ihnen nur sehr viel schlechter könnte. Sie können Beispiele gelebter Toleranz bieten. Sie können zeigen, wie Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und Lebensformen in wechselseitiger Achtung miteinander leben können. Eine Vorstellung von Toleranz ist dabei freilich vorausgesetzt, die mit gleichgültiger Beliebigkeit nicht zu verwechseln ist. Toleranz setzt vielmehr voraus, dass Menschen zu dem stehen, was ihnen wichtig ist, und deshalb achtungsvoll mit dem umgehen, was anderen wichtig ist. Man kann diese Vorstellung als „überzeugte Toleranz“ bezeichnen und sie von derjenigen „indifferenten Toleranz“ abheben, die heute oft leichtfertig bereits als zureichende Form von Toleranz ausgegeben wird. Solche „überzeugte Toleranz“ kann freilich nur gelingen, wenn die Achtung vor der Integrität des andern und die Bereitschaft, konkurrierende Wahrheitsansprüche achtungsvoll auszutragen, leitend sind. Religiöse Haltungen, in denen die Durchsetzung von Wahrheitsansprüchen mit Gewalt für möglich gehalten werden, sind zur Toleranz nicht im Stande und verdienen auch ihrerseits keine Toleranz.

Insofern sind die Tendenzen zu fundamentalistischen Gestalten von Religion, die wir gegenwärtig beobachten, in hohem Maß beunruhigend. Sie gefährden den Friedensbeitrag der Religionen; ja sie erschweren für viele Zeitgenossen den Zugang zur Wahrheit der Religion. Solche fundamentalistischen Religionsformen begegnen uns heute innerhalb des Islam. Der Ausschließlichkeitsanspruch des Islam wird in ihnen mit der Forderung nach unmittelbarer politischer Verwirklichung und gegebenenfalls der gewaltsamen Durchsetzung in einem Dschihad, einem heiligen Krieg, verbunden. Fundamentalistische Religionsformen begegnen aber auch innerhalb des Christentums; sie folgen häufig dem Muster „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“; das Bekenntnis zu Jesus als dem Herrn verbindet sich mit der Vorstellung von Reichen des Bösen, Achsen des Bösen oder vom Teufel besessenen Zonen, die durch Gebet von dieser Besessenheit befreit werden müssen. So deutlich man solchem Fundamentalismus entgegentreten muss, so klar muss man auch erkennen, dass religiöser Analphabetismus keine zureichende Antwort auf Fundamentalismus ist. Zureichend ist vielmehr allein eine Antwort, die eine geklärte religiöse Identität mit der Bereitschaft zu Frieden und Toleranz im Verhältnis der Religionen zueinander verbindet.

Religionen, die einen solchen Zugang zu ihrer Friedensverantwortung entwickeln, können der Vergeltung widerstehen, die Versöhnungsbereitschaft fördern und die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen, verbessern und stärken. Die Religionen sollten ein verstärktes Interesse daran entwickeln, gesellschaftliche Friedensprozesse zu fördern, und sich selbst als Akteure der Friedenserziehung verstehen.

Ebenso wie der Dialog der Religionen die wichtigste Alternative zum Kampf der Kulturen ist, so bildet die zivile Konfliktbearbeitung die wichtigste Alternative zum Austragen von Konflikten mit militärischer Gewalt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie nimmt nun ausdrücklich „Religionsbasierte Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung“ in den Blick. Religionsbasierte Akteure, seien es Einzelpersonen, Bewegungen oder Organisationen – so stellt diese Studie fest – haben in den letzten Jahrzehnten bedeutsame Funktionen in der Deeskalation von Konflikten wahrgenommen. Zu den herausragenden Beispielen gehören die Vermittlung eines Friedensabkommens im mosambikanischen Bürgerkrieg durch die katholische Gemeinschaft Sant’Egidio (1992), der kollektive Widerstand der ruandischen Muslime gegen den Völkermord von Hutus und Tutsis (1994) oder die Bedeutung der Kirchen, insbesondere der evangelischen Kirche für die „friedliche Revolution“ in der ehemaligen DDR (1989). Das letzte Beispiel ist für uns von besonderem Belang, weil es sich im eigenen Land vollzogen hat, mit Auswirkungen für ganz Europa. Wir wären gar nicht in dieser Weise und zu diesem Thema hier auf der Ostseite des Brandenburger Tors versammelt, wenn es die Ereignisse von 1989 nicht gegeben hätte. Dieses größte Wunder in unserer Geschichte während der letzten sechzig Jahre hat sich vor unseren Augen abgespielt, jeder kann es bezeugen, man kann die Wahrheit mit Händen greifen. Und so sollte es auch nicht schwer fallen, der Schlussfolgerung zuzustimmen, dass den Religionen in politischen Konflikten ein bemerkenswertes Friedenspotenzial eignet. Der Historiker Michael Borgolte konstatierte kürzlich: „Religiöse Gegensätze“ führen „keineswegs unweigerlich zu Auseinandersetzungen, ja mörderischen Vernichtungskämpfen. Auf der ertragenen Differenz mit den anderen hat Europas Überleben, vor allem aber seine Kultur, bis heute beruht.“ Dass dies auch in Zukunft gilt, ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Die kulturellen Werte Europas

Vortrag bei der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung am 24. September 2008

„In Vielfalt geeint“

„In Vielfalt geeint“ so lautet der Leitspruch der Europäischen Union. Das kommt nicht von ungefähr. Die Europäische Gemeinschaft ist seit ihrer Gründung **im Jahre 1956** von ursprünglich sechs auf inzwischen 27 Mitgliedstaaten angewachsen. Vor allem durch die Aufnahme der osteuropäischen Staaten ist die Europäische Union nicht nur sozial und ökonomisch, sondern **auch kulturell verschiedenartiger als zuvor**. Das bringt ohne Zweifel Chancen, aber ebenso gewiss Risiken mit sich. Denn auch - oder gerade - eine transnationale Gemeinschaft bedarf des Zusammenhalts, wenn sie sich in einer konfliktreichen Umwelt behaupten und den sozialen Frieden im Innern sichern will.

Bereits das Auseinanderfallen der EU-Staaten in die **Koalition der Willigen** und die **der Unwilligen im Irakkrieg** hat Unterschiede im politischen Denken der Mitgliedstaaten deutlich gemacht. Diese gründen sich nicht zuletzt auf unterschiedliche Erfahrungen zu Zeiten des Kalten Krieges. Was die osteuropäischen Ländern in ihrer Sicherheitspolitik nach wie vor mehr auf die USA und die NATO als auf Westeuropa vertrauen lässt.

Seit dem **Nein der Franzosen und Niederländer** zum Verfassungsvertrag wächst die Einsicht, dass die Europäische Union **ohne eine das „Markteuropa“ transzendierende Idee**, ohne ein soziales, geistiges und kulturelles Fundament nicht mehr auskommen wird. So treffend Brodersen und Dammann. Die Tatsache, dass die Union das Jahr **2008 dem interkulturellen Dialog gewidmet** hat, zeigt, dass sie dabei ist, im geistig-kulturellen Bereich ein **neues Selbstverständnis** zu entwickeln.ⁱ

Welches sind die **sozialen Bindekräfte**, die ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stiften und Orientierung in einer mehr und mehr **entgrenzten Weltgesellschaft** bieten können? Die **Friedenssehnsucht**, die die europäischen Völker nach dem Zweiten Weltkrieg einte, ist als **Gründungslegende** der europäischen Integration inzwischen verblasst. Und das, obgleich die Hoffnung nicht getrogen hat, dass die mit diesem Zusammenschluss **bewirkte Verflechtung der Volkswirtschaften** nationalistische kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich machen werde.

Die europäische Wertegemeinschaft

Wer heute die Frage nach den Identität und Zusammenhalt stiftenden Kräften beantworten will, beruft sich gern auf die europäische Wertegemeinschaft. Von der Kultur und der diese bewirkenden Bildung erwarten wir, dass sie den Menschen **Orientierung bietet**, ein **gemeinsames Denken und Wissen** befördert und so einen **gesellschaftlichen Zusammenhalt** schafft. Welches sind die Elemente einer solchen allen Europäern gemeinsamen Kultur? Gern wird auf das **Christentum**, die **griechische Philosophie**, das **Römische Recht** und die **Europäische Aufklärung** verwiesen. Niemand wird dieses gemeinsame kulturelle Erbe leugnen. An seiner Zukunftsträchtigkeit lässt aber bereits das **Fehlen eines einheitlichen religiösen Weltdeutungssystems** zweifeln.ⁱⁱ

Bereits für den modernen Nationalstaat ist es angesichts der „tiefgreifenden Säkularisierung und Pluralisierung der Weltbilder“ schwierig, ein **ethisches Minimum** zu umschreiben, das Sinn stiftet und die Gesellschaft zusammenhält.ⁱⁱⁱ Das gilt im gesteigerten Maße für die größere Gemeinschaft der Europäischen Union. In der sich mehr und mehr öffnenden Weltgesellschaft ist die **Vorstellung von in sich geschlossenen Nationalkulturen fragwürdig** geworden. Die Vielfalt der Kulturen, die wir seit jeher im Weltmaßstab kennen, erfahren wir in Europa seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch innerhalb der nationalen und europäischen Grenzen. Die

Vorstellung von einer einheitlichen nationalen oder europäischen Kultur ist **wirklichkeitsfremd**. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union - vor allem die westlichen - sind Einwanderungsländer mit kulturell gemischten Gesellschaften. Darum sollten wir **Begriffe wie Kultur und Identität stets mit Vorsicht gebrauchen**. Zu leichtfertig werden diese - das betont **Peter Burke** zu Recht - mit der Vorstellung von Einheitlichkeit/Homogenität, Grenzen und Konsens verknüpft.^{iv}

Man denke nur an den gern gebrauchten, aber gleichwohl fragwürdigen Begriff der **Leitkultur**. Schon wegen seines Beiklangs von nationaler oder europäischer Überheblichkeit sollten wir diesen aus dem Verkehr ziehen. Auch die besten Absichten der Verwender dieses Begriffs werden ihn nicht von dem Verdacht befreien, sich **abheben** und andere Kulturen **ausgrenzen** zu wollen.

Die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen

Wer Loyalitäten zwischen den europäischen Völkern und ihren politischen Eliten begründen will, muss auf den Spuren des weiten Kulturbegriffs an der **gemeinsamen europäischen Verfassungstradition anknüpfen**. Dort haben wir einen **gemeinsamen** bis in die Gegenwart fortwirkenden **Fundus**. So sind die Elemente des modernen Verfassungsstaates das Resultat einer **konzertierten europäischen Aktion**, die von der Antike bis zur Neuzeit reicht.^v Allerdings seien die **USA** - ursprünglich eine **Gründung europäflüchtiger Menschen** - in diesem Zusammenhang nicht vergessen.

So verdanken wir **Griechenland** die Idee der Demokratie, **Großbritannien** die parlamentarische Demokratie, **Frankreich** und den **USA** die Menschenrechte und die Gewaltenteilung, **Italien** und **Spanien** den Regionalismus, wiederum den Vereinigten Staaten von Amerika den Föderalismus und **Deutschland** eine ausgefeilte Jurisprudenz der Grundrechte. Nur wenn wir diese rechtlichen Errungenschaften hoch halten, die in politischen Kämpfen erstritten worden sind, werden wir Europa vor dem Rückfall in geistferne Machtideologien bewahren.

Das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im deutschen Grundgesetz **symbolisiert die Abkehr** von dem menschenverachtenden Naziregime. Auch die Grundrechte-Charta der Europäischen Union beginnt mit diesem **Leitprinzip vieler europäischer Verfassungen**. Die Würde des Menschen, ob die des Mannes, der Frau oder des Kindes, die Wahrung ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit, das Verbot jeder Erniedrigung und Diskriminierung wegen der Hautfarbe, Religion, Sprache, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung – all das sind **verfassungsrechtliche Grundwerte** in den **europäischen Verfassungen**. Bei diesen Werten sind **keine Abstriche gestattet**, auch nicht im Namen einer wie auch immer gearteten oder behaupteten kulturellen Besonderheit, auch nicht im Namen einer Religion. Hierbei geht es nicht um ausschließlich europäische sondern vielmehr um **westliche Werte**. Zum Westen gehören nicht nur große Teile Europas, sondern auch die „großen, angelsächsisch geprägten Demokratien Nordamerikas, Australiens und Neuseelands, wie Heinrich August Winkler treffend betont.“^{vi}

Der Wertekanon im Vertrag von Lissabon **verpflichtet die Union ausdrücklich auf die Achtung der Menschenwürde, auf Freiheit und Gleichheit, auf den Rechtsstaat und den Schutz der Menschenrechte**. Der im Prozess der Verfassungsgebung seinerzeit **umstrittene** Bezug auf das christliche Erbe fehlt.

Gewiss, unser Grundgesetz kennt in seiner Präambel einen Bezug auf Gott. Doch der Gottesbegriff in diesem Dokument **nicht mit dem christlichen Schöpfergott gleichzusetzen**. Dieser lässt sich ohne weiteres mit den drei großen monotheistischen Weltreligionen - Christentum, Judentum und Islam - verbinden. Die Bezugnahme auf Gott symbolisiert die Abkehr vom totalitären Naziregime und seiner menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie. Die Schöpfer des Grundgesetzes wollten deutlich machen, dass **der Mensch nicht allmächtig und nicht das Maß aller Dinge** sei. Die im Grundgesetz betonte Verantwortung vor Gott ist daher ein **Ausdruck der Demut** des staatlichen Verfassungsgebers. Die Kernaussage dieser Gottesklausel ist die Einsicht

in die Relativität staatlicher Macht: Sie dokumentiert das Selbstverständnis der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, dass es **überstaatliche Normen und Werte** gibt, über die auch der Verfassungsgeber nicht verfügen kann.

Wer könnte bestreiten, dass das Christentum, so etwa der Papst in diesem Streit, als ein Stück des „religiösen Erbes“ ein „Faktor der Identität“ Europas sei. Doch in dem Vertragstext geht es um eine säkulare Angelegenheit. Und zu Recht wird vor allem von den Franzosen und Briten auf die Tatsache verwiesen, dass in den EU-Staaten neben Christen, Juden, Muslime (über 3 Millionen allein in der Bundesrepublik Deutschland), Agnostiker und Atheisten leben. Wie dem auch sei, gerade in heutiger Zeit gilt es die Einsicht hochzuhalten, dass nur der Staat und der Staatenverbund die friedliche Koexistenz religiöser Überzeugungen zu garantieren vermag, der selbst in Glaubensfragen Neutralität bewahrt. Der Bezug auf das christliche Erbe ist letztlich auch deshalb abzulehnen, weil er allzu leicht als Ausschlussargument missbraucht werden kann.

Die kulturelle Vielfalt in der Europäischen Union

Wir sollten unseren Ehrgeiz nicht nur auf das Herausfinden von Gemeinsamkeiten, sondern auch auf die Erkenntnis dessen ausrichten, was uns unterscheidet. Ob uns die europäische Integration glückt hängt - so treffend Andrei Plesu - auch von „einer **klugen Harmonisierung der Unterschiede**“ ab. Das Einebnen der kulturellen Unterschiede zwischen den Nationen und Regionen ist nicht das Ziel der europäischen Integration. Im Gegenteil: Die Zusammenarbeit in Sachen der Kultur soll deren Vielfalt erhalten. Demgemäß heißt es im Vertrag von Lissabon:

„Die Union wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.“

Die **Akzeptanz von Pluralität** gehört zu den Charakteristika Europas. Hier ging und geht es zu allererst um religiöse Vielfalt. Wir wären völlig geschichtsvergessen, wenn wir das Zeitalter der Reformation und der Religionskriege ausblendeten. Die Ereignisse spalteten und verwüsteten Europa. Damit war die Frage nach der Pluralität aufgeworfen. Die **Freiheit**, einer der allgemein geteilten Werte Europas trat zu allererst **als Religionsfreiheit** in Erscheinung. Galt und gilt es doch den unterschiedlichen christlichen Konfessionen und mehr noch den nicht-christlichen religiösen Traditionen in Europa Rechnung zu tragen.

Es mag auf den ersten Blick **absurd** erscheinen, dass sich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auf **kulturelle Vielfalt gründen** sollte. Wer wollte die Sprengkraft leugnen, die aus kultureller Verschiedenheit resultiert? Eingedenk der Tatsache, dass kulturelle Vielfalt zugleich Quelle von Reichtum, aber auch von Spannungen ist, sollten wir versuchen, die positiven Auswirkungen zu verstärken. Denn eine bewusst gelebte kulturelle Vielfalt kann als **mächtiges Gegengift** gegen nationalistisch übersteigerte Identitäten wirken, die wiederholt zu zerstörerischen Kriegen geführt haben. **Ein Weg zu diesem Ziel könnte der interkulturelle Dialog sein.**

Der interkulturelle Dialog

Der interkulturelle Dialog ist ein **voraussetzungsvolles Unterfangen**. Die ihn leitende Philosophie ist das **Prinzip der Gegenseitigkeit**, unabhängig davon, ob dieser Dialog im Inland oder im Ausland geführt wird. Der interkulturelle Dialog setzt die Fähigkeit voraus, sich in den jeweils anderen hinein zu versetzen. Was allerdings nur glücken kann, wenn die Partner des Gesprächs für die Lebensweisen und Erfahrungshorizonte des jeweils Anderen aufgeschlossen sind. Dabei geht es nicht schlicht um den Abbau von Vorurteilen auf beiden Seiten. Gefordert ist überdies die **Bereitschaft, selbstkritisch die eigene Weltsicht**, die Muster des eigenen Denkens und Handelns **in Frage zu stellen** und sich auf einen **wechselseitigen Lernprozess** einzulassen, der die eigene Perspektive überschreitet. Aus dieser den interkulturellen Dialog fördernden Haltung folgt weder die moralische noch die politische Anerkennung der Denk- und Handlungsmuster des Anderen. Das Verstehenwollen anderer Kulturen verschiebt auch nicht die **verfassungsrechtlichen Grenzen unserer Toleranz**, die die **Würde und Gleichheit** aller Menschen wie deren **körperliche und geistige Unversehrtheit** unter Schutz stellen.

Europäische Bildungsziele

Wenn wir in Europa eine **Nachbarschaft des Geistes** begründen wollen, sollten wir uns auf **gemeinsame Bildungsziele** verständigen. **Wissbegier**, die Lust, sich **auf die Welt einzulassen**, **Empathie** für Menschen fremder Kulturen – all das sind Eigenschaften, die eine Vielfalt in der Einheit zu gewährleisten vermögen. Das Gleiche gilt für die **Tugend der Toleranz** und die **Mehrsprachigkeit**. Nur derjenige wird Brücken zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen bauen können, der sich mit den anderen Menschen zu verständigen vermag.

Reisen bildet, heißt es so hübsch. Aber geographische Umtriebiger für sich allein weitet nicht den geistigen Horizont. So mancher Mensch verbringt jahrzehntelang die Sommerferien in Mallorca und weiß gleichwohl nichts von spanischer Lebenskultur. Von einem **Weltbürger** erwarten wir, dass er die Lebensweisen und Lebenserfahrungen der Menschen anderer Kulturen erkundet, auf dass er sich in deren Vorstellungswelt hineinzufühlen vermag. Die Sprache ist der Schlüssel für das Verständnis der Welt. Darum lautet unsere **Maxime**: Mehrsprachigkeit bildet. Sprache ist nicht nur ein Mittel der Verständigung. Sprache ist Kultur.

Die Wörter sind nicht nur Bestandteile unserer Sprache, sie gleichen vielmehr einem **Netz von Befindlichkeiten und Denkbareiten**. Sprache ist - so **Wilhelm von Humboldt** - auch Ausdruck der Verschiedenheit des Denkens, jede Sprache ist „auch eine Ansicht von der Welt“; denn die verschiedenen Sprachen sehen die Welt verschieden an. Für den, der eine Fremdsprache erlernt, eröffnet sich eine „neue Art zu denken und zu empfinden“. Bei der Suche des Deutschen Sprachrats nach dem schönsten deutschen Wort, entschied sich eine Spanierin für „**Fernweh**“. Sie schrieb, dass dieses Wort das **schönste deutsche Wort** für sie sei, „weil es das Wort ist, das ich lebenslang gesucht habe. Bis ich angefangen habe, Deutsch zu lernen, habe ich dieses Gefühl nicht benennen können. Es ist komisch, etwas zu spüren, und kein Wort dafür zu haben.“

Wer fremde Sprachen lernt, bereichert nicht nur sein Ausdrucksvermögen, er wird zum Vergleichen und zum Nachdenken über die Eigenheiten der eigenen Sprache angeregt. Wie hat es **Goethe** so treffend gesagt: **Wer fremde Sprachen nicht lernt, kennt seine eigene nicht.**

Einsprachigkeit macht einfältig, Mehrsprachigkeit stärkt Geist und Verstand, sie schafft Zugang zu den Wissensbeständen der Welt. Die Liste der Vorzüge, die das Erlernen von Fremdsprache mit sich bringt, ließe sich mühelos fortsetzen. Aber ziehen wir die Summe: Die Mehrsprachigkeit ist eines der fruchtbarsten Bildungsziele, wenn es darum geht, Menschen zu Weltbürgern zu machen. Auch für dieses Ziel gilt, was Peter Ustinow für die Bildung allgemein so witzig formuliert hat: „Bildung ist wichtig, vor allem wenn es gilt, Vorurteile abzubauen. Wenn man schon ein Gefangener seines eigenen Geistes ist, kann man wenigstens dafür sorgen, dass die Zelle anständig möbliert ist.“

Die europäische Integration – eine entwicklungsöffener Prozess

Zusammenfassend sei festgestellt, dass die Vorzüge Europas in der Vielfalt seiner Sprachen, Kulturen und Lebensformen liegt. Es wird immer wieder darum gehen, das labile Gleichgewicht zwischen der Unterschiedlichkeit/Differenz und der Gemeinsamkeit auszutarieren. Die Offenheit und das Prozeßhafte sind daher auch die Leitprinzipien der auswärtigen Kulturpolitik. Ein solches Leitbild lässt uns die Vielfalt der europäischen Kulturen entdecken, diese stärken und immer wieder aufeinander beziehen. Im Verlauf eines solchen Prozesses des Sich-Selbst-Vergewisserns kann sich ein europäisches kulturelles Selbstverständnis entwickeln, das stolz ist auf die Gemeinsamkeit und Verschiedenheit seiner Kulturen. Lassen sich mich abschließend den litauischen Lyriker **Venclova** zitieren, der gemeinsam mit 32 europäischen Schriftstellern im Literaturhaus Hamburg über die Signaturen des Europäischen in der europäischen Literatur nachgedacht hat. Er sagt:

„Ich glaube nicht, dass es jemals eine absolut vereinheitlichte und zentralisierte Welt geben wird – nicht einmal eine europäische Republik. Ein Teil der Schönheit und Vielfalt der Welt besteht in ihren Grenzen, wenn sie nur nicht überwindlich werden. Der Kultur des Nationalstaats wird verschwinden, aber das Heimatgefühl und die Liebe für eine bestimmte Region wird es, denke

ich, immer geben. Jede dieser Regionen ist ein Schnittpunkt verschiedener Kulturen, und unsere Identität wird von eben dieser Art sein, mosaikartig, aus Segmenten bestehend ...“

Das Bild von einem Europa als Mosaik, dessen Teile es immer wieder von neuem in Beziehung zu setzen gilt, beschreibt Europa als ein zukunftsoffenes Projekt, das jede neue Generation - den Herausforderungen der jeweiligen Epoche gemäß - fortschreiben wird.

ⁱ Brodersen/Dammann, Editorial, in: Neues Europa, in: Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa, 11 2003, S. 6.

ⁱⁱ Dubiel, Ungewissheit und Politik Ffm 1994, S. 106.

ⁱⁱⁱ Dubiel, ebenda, S. 106 f.

^{iv} Peter Burke, Wörter machen Leute – Gesellschaft und Sprachen in Europa der frühen Neuzeit, Berlin 2006.

^v Peter Häberle, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts , Bd. 46, S. 69 ff, 70.

^{vi} Heinrich August Winkler, in: Was hält Europa zusammen?, Hg. von der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2005, S. 13 ff., 20.